

für Mitglieder und Freunde der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Hameln e. V.  
 Redaktion: Hans – Georg Spangenberg

## 1. Juden und Christen – in den deutschsprachigen und anderen europäischen Ländern

- **Der Dialog zwischen Juden und Christen ist nach Einschätzung des katholischen Erfurter Bischofs Ulrich Neymeyr so gut wie nie zuvor.** Beide Religionen stünden "auch im Kampf gegen die Barbarei des religiösen Fanatismus" eng beisammen, sagte Neymeyr in Erfurt. So hätten Austausch und Zusammenarbeit von Juden und Christen in Deutschland einen Modellcharakter, wie ein friedliches Zusammenleben unterschiedlicher Religionen gelingen könne. Neymeyr, der in der Deutschen Bischofskonferenz für die religiösen Beziehungen zum Judentum zuständig ist, mahnte, dass die katholische Kirche gegen jede Form von Antisemitismus Einspruch erheben müsse: "Es kann nicht sein, dass sich Juden in Deutschland aus Furcht vor Gewalt und Anpöbelung nicht trauen, die Kippa tragen." Zugleich erinnerte er daran, dass es "jahrhundertlang einen Antijudaismus in der katholischen Kirche gab, der uns bis heute beschämt". Zwischen Juden und Christen gebe es inzwischen jedoch eine grundlegende Neubewertung der Beziehungen zueinander. "Das muss auch theologischerseits weiter reflektiert werden", forderte der Bischof. Er verwies auf die erste offizielle Erklärung orthodoxer Rabbiner zum Verhältnis von Juden und Christen. Das im vergangenen August Papst Franziskus überreichte Papier "Zwischen Jerusalem und Rom" sei ein einzigartiges Dokument, das einen Höhepunkt in den Beziehungen zwischen katholischer Kirche und Judentum markiere und einen "Durchbruch für eine gemeinsame friedliche Zukunft" darstelle. Neymeyr sprach bei einer Tagung zum 65. Geburtstag des Fundamentaltheologen Michael Gabel, der von 2011 bis 2017 Dekan der Katholisch- Theologischen Fakultät in Erfurt war. (kna öki 23.01.2018)
- **Rund ein dreiviertel Jahr nachdem der Unabhängige Expertenkreis Antisemitismus seine Empfehlungen vorgelegt hat, handelt der Bundestag: In einem Beschluss setzt er sich dafür ein, einen Antisemitismus-Beauftragten zu benennen.** Unklar ist noch, wo dessen Stelle angesiedelt werden soll: Die Union ist für das Innenministerium, die SPD für das Bundeskanzleramt. Klar ist formuliert, dass sich der Bundestag gegen jede Form von Antisemitismus wendet. Zahlreiche antisemitische Delikte seien "weiterhin rechts extrem motiviert". Neu sei ein durch "Zuwanderung verstärkter Antisemitismus aus den Ländern Nordafrikas, dem Nahen und Mittleren Osten". Er finde sich aber in allen politischen Lagern. Dem stimmten alle in der knapp einstündigen Debatte zu. Allein die AfD-Abgeordnete Beatrix von Storch wollte den Schwerpunkt anders setzen und betonte, es seien vor allem Muslime, die in diesen Zeiten antisemitische Straftaten begingen. Die nach ihr sprechenden Abgeordneten warfen von Storch vor, "blind in die eigenen Reihen zu schauen", wie es etwa Stefan Ruppert (FDP) formulierte. Einige Redner, etwa Kerstin Griese (SPD), erinnerten an den AfD-Politiker Björn Höcke und dessen Rede vom "Mahnmal der Schande" mit Blick auf das Holocaust-Mahnmal. Zusammen mit Union, SPD, Grünen und FDP, die den Antrag vorgelegt hatten, stimmte auch die AfD dafür. Allein die Linke enthielt sich, weil, so begründete es deren Abgeordnete Petra Pau, sie gerne noch einige Maßnahmen etwas konkreter gefasst hätte. Und weil sie bedauerte, dass ihre Fraktion nicht von der Union eingeladen worden war, an dem Antrag mitzuwirken. Zu den geplanten Maßnahmen zählen die bessere statistische Erfassung antisemitischer Vorfälle, mehr Ansprechpartner für Belange jüdischer Gruppen, die Koordinierung einer ständigen Bund-Länder-Kommission, Überprüfungen des Straf- und Versammlungsrechts, die Strafbarkeit bei Leugnung oder Verharmlosung des Holocaust über das Internet sowie aufenthaltsrechtliche Konsequenzen gegenüber Ausländern, die zu antisemitischem Hass aufrufen. Lob kam von prominenten jüdischen Stimmen. Der Präsident des Zentralrats der Juden, Josef Schuster, sagte zur Parlamentsdebatte: "Es ist gut, dass der Bundestag alle Formen des Antisemitismus behandelt hat." Zugleich betonte er: "Einen Generalverdacht gegen Muslime oder gar eine Instrumentalisierung des Themas, um diese religiöse Minderheit auszugrenzen, lehnen wir jedoch ausdrücklich ab." Auch die Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern, Charlotte Knobloch, äußerte sich positiv, ließ aber auch anklingen, dass sie den Beschluss für überfällig hält - wie es zuvor auch der Potsdamer Historiker Julius H. Schoeps getan hatte. So betonte Knobloch, zu lange habe man die Augen davor verschlossen, dass der Antisemitismus in Deutschland ein "beschämendes und bedrohliches Maß" angenommen habe.

Judenfeindliche Ressentiments und Verschwörungstheorien würden im rechten und linken Spektrum der Gesellschaft verbreitet. Und im Bundestag sei mit der AfD eine Partei zur drittstärksten Kraft geworden, in der Geschichtsklitterung und Antisemitismus einen festen Platz hätten. Nicht zufrieden zeigte sich der streitbare deutsch-israelische Historiker Michael Wolffsohn: Er sprach von einer "gut gemeinten, jedoch völlig naiven Bürokratenidee". Das traurige Phänomen des Antisemitismus sei 3.000 Jahre alt. Wenn irgendein Politiker meine, er könne ein so tief sitzendes menschheitliches Vorurteil durch die Einsetzung einer zusätzlichen Behörde beseitigen, dann sei das zwar sehr sympathisch, aber "eben auch völlig naiv - um nicht zu sagen größenwahnsinnig". (kna öki 23.01.2018)

- **Der Oberrabbiner von Frankreich, Haim Korsia, schlägt die Gründung einer europäischen Agentur gegen Antisemitismus vor.** Darüber habe er bereits mit Österreichs Bundeskanzler Sebastian Kurz gesprochen, der in sechs Monaten die EU-Ratspräsidentschaft übernehme, sagte Korsia im Deutschlandfunk. Die großen antisemitischen Bewegungen seien keine nationalen, sondern europäische Bewegungen, betonte er. Vor dem Holocaust-Gedenktag verwies Korsia auf die Anstrengungen gegen Rassismus in Frankreich. Das entsprechende Programm sei mit 100 Millionen Euro für drei Jahre ausgestattet gewesen. Die Anzahl der antisemitischen Taten habe sich verringert, sie bewege sich aber immer noch nicht auf einem akzeptablen Niveau. (kna öki 30.01.2018)
- **Christen in der Region Bochum-Herne-Hattingen unterstützen die örtliche Jüdische Gemeinde beim Kauf einer neuen Thorarolle. Die leitenden katholischen und evangelischen Geistlichen** überreichten dem Freundeskreis Bochumer Synagoge eine Spende von 4.000 Euro, wie der Kirchenkreis Bochum mitteilte. Die Schriftrolle mit den fünf Büchern Mose, ohne die kein jüdischer Gottesdienst möglich ist, soll zum zehnjährigen Bestehen der Bochumer Synagoge angeschafft werden. Zudem ist sie die erste neue Rolle für die jüdische Gemeinde Bochum-Herne-Hattingen nach dem Zweiten Weltkrieg. "Weil wir wissen, dass die Thorarolle das ‚Herz der Synagoge‘ ist, wollen wir mit unserer Unterstützung ein deutliches Zeichen für ein gelebtes Miteinander der verschiedenen Religionen setzen", erklärte Superintendent Gerald Hagmann. "Und wir sind dankbar, dass es nach der Schoah wieder jüdisches Leben in unseren Städten gibt", so der evangelische Theologe. "Deshalb wollen wir, dass dieses Herz sichtbar und hörbar schlägt." Bisher nutzt die Jüdische Gemeinde nach den Angaben drei gebrauchte Schriftrollen. Bis zur Fertigstellung der neuen Thorarolle werde es noch einige Zeit dauern. Ein Schreiber in Israel werde rund ein Jahr brauchen, um die Texte mit der Hand und fehlerfrei auf Pergamentpapier zu schreiben. Beteiligt an der Spende sind die evangelischen Kirchenkreise Bochum, Herne und Hattingen-Witten sowie die katholischen Dekanate Bochum, Emschertal und Hattingen-Schwelm. (kna öki 13.02.2018)
- **Die Evangelischen Kirchen im Saarland haben sich für die Berufung eines Antisemitismusbeauftragten bei der Landesregierung ausgesprochen.** In Briefen an die Landtagsfraktionen der Regierungsparteien CDU und SPD appellierte der Beauftragte der Evangelischen Kirchen für das Saarland, Kirchenrat Frank-Matthias Hofmann, an die saarländische Politik, ein solches Amt zu installieren. Die Aufgabe, dem Antisemitismus entgegenzutreten, sei aus Sicht der evangelischen Kirchen nicht an die jüdischen Gemeinden delegierbar, "sondern Pflicht der Christinnen und Christen in unserem Land und eine gesellschaftliche Notwendigkeit". Als erstes Bundesland hatte Rheinland-Pfalz Ende 2017 angekündigt, einen ehrenamtlichen Antisemitismusbeauftragten zu benennen. Das Amt soll der scheidende Bürgerbeauftragte des Landes, Dieter Burgard (SPD) übernehmen. (kna öki 13.02.2018)
- **Im April soll in der russischen Hauptstadt die erste Jüdische Universität eröffnet werden.** Angeboten werden die Fächer Ökonomie und Informatik, Jura und Judaistik sowie Humanwissenschaften, wie das russische Internetportal „Interfax-Religion" unter Berufung auf die Föderation der jüdischen Gemeinden Russlands meldete. Zudem sollen Zentren für Qualitätsförderung sowie Schulen für Management und Coaching errichtet werden. Die Ausbildung solle getrennt für Männer und Frauen stattfinden. Der Präsident der Föderation der jüdischen Gemeinden Russlands, Aleksandr Boroda, hofft auf eine Zusammenarbeit mit anderen russischen und ausländischen Universitäten. Auch heute gebe es bereits jüdische Theologen, ihre Ausbildung habe aber ausschließlich einen religiösen Charakter. Es sei an der Zeit, dass diese Leute nun auch eine Universitätsausbildung erhielten, so Boroda. Wie der Rektor des internationalen ökonomisch-humanitären Instituts, Aleksandr Lebedew, ergänzte, sollen die Absolventen auf Grund einer Kooperation mit dem in New York ansässigen "Touro-College" auch ein amerikanisches Diplom erhalten könnten. (kna öki 20.02.2018)
- **Mit eindringlichen Appellen zum Einsatz gegen Judenfeindlichkeit hat am 18. Februar in**

**Wien eine große internationale Konferenz über Antisemitismus begonnen.** Zur Bekämpfung von Hass gegen Juden brauche es besondere Verantwortung, die Erinnerung an den Holocaust und gegenseitige Nähe, hieß es in einer Botschaft von Papst Franziskus an die Konferenzteilnehmer im Wiener Rathaus. "Gleichgültigkeit lähmt und hindert, das Richtige zu tun", so Franziskus in seinem vom Sekretär der Päpstlichen Kommission für die Beziehungen zum Judentum, Norbert Hofmann, verlesenen Grußwort. Es gelte deshalb, eine "Kultur der Verantwortung, der Erinnerung, der Nähe" und eine Allianz gegen jedwede Form von Gleichgültigkeit zu schaffen. Die Vertreibung und Ermordung der Juden während des Nationalsozialismus habe in der österreichischen Gesellschaft eine "riesige Leere" hinterlassen, erinnerte Bundespräsident Alexander Van der Bellen. Die Rede musste wegen einer Grippeerkrankung des Staatsoberhauptes ebenfalls verlesen werden. Antisemitismus sei auch heute Thema und die Feindseligkeit gegenüber Minderheiten "ein beängstigender Teil der Gegenwart". Die Lehre aus dem Holocaust sei die bedingungslose Anerkennung von Menschenrechten und der Würde des Menschen, so Van der Bellen. Der Präsident des Europäischen Jüdischen Kongresses (EJC), Moshe Kantor, prangerte die wachsende Zahl antisemitischer Übergriffe in Europa an. Der steigende Antisemitismus sei eine der zentralen Herausforderungen der heutigen Zeit. Judenhass dürfe keinen Platz im öffentlichen Raum haben, betonte Kantor, zumal die "Geißel des Antisemitismus" nicht nur Auswirkungen auf Juden habe, sondern auch die Grundfesten offener und demokratischer Gesellschaften zerstöre.

Die Eröffnungsrede zum Kongress hielt der Philosoph Bernard-Henri Levy. Antisemitismus habe sich von einem Phänomen des rechten Rands zu einer in Politik und öffentlicher Gesellschaft verbreiteten Gefahr entwickelt. Levy verwies dazu unter anderem auf sein Heimatland Frankreich, wo heute wieder Menschen ermordet würden, weil sie Juden sind. Die bis 22. Februar dauernde Konferenz versteht sich laut Veranstalter als "direkter Handlungsauftrag" angesichts eines "weltweit zunehmenden Antisemitismus seit der Schoah" und will Antisemitismus nicht nur erforschen, "sondern der Judenfeindlichkeit in Gegenwart und Zukunft vorbeugen". Organisiert wird der Kongress von der Universität Wien in Kooperation mit der New York University, der Tel Aviv University und dem *European Jewish Congress*. Die rund 150 Referenten kommen aus den USA, Kanada, Israel, Lateinamerika, Australien sowie aus europäischen Staaten. Im Rahmen sogenannter „*Leadership Talks*“ werden laut Programm auch Bundeskanzler Sebastian Kurz und die Antisemitismus-Beauftragte der EU, Katharina von Schnurbein, mit den Konferenzteilnehmern zusammentreffen. (kna öki 20.02.2018)

- **"Angst überwinden - Brücken bauen" lautet das Motto der "Woche der Brüderlichkeit" vom 11. bis 18. März.** Den Auftakt bildet wie stets die Verleihung der undotierten Buber-Rosenzweig-Medaille, die zu den renommierten Auszeichnungen in Deutschland zählt. Nach Bundespräsidenten, Professoren, Hilfswerken und kirchlich-jüdischen Arbeitskreisen wird diesmal ein Rockmusiker ausgezeichnet - Peter Maffay. Die zentrale Eröffnungsfeier des im hessischen Bad Nauheim beheimateten Koordinierungsrats der über 80 Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit findet in Recklinghausen statt - umrahmt von zahlreichen Veranstaltungen in Kirchen, Synagogen und Schulen.

Lebten um 1950 rund 30.000 Menschen jüdischen Glaubens in Deutschland, so sind es inzwischen schätzungsweise mehr als 200.000. Etwa 120.000 von ihnen gehören einer Synagogengemeinde an. Das starke Anwachsen jüdischer Gemeinden ist vor allem die Folge der Zuwanderung von Juden seit den 1990er Jahren aus den Gebieten der ehemaligen Sowjetunion. Inzwischen gibt es wieder eine Jüdische Hochschule (in Heidelberg), werden Rabbiner ausgebildet (in Potsdam), bieten zahlreiche Universitäten Jüdische Studien mit Masterabschluss an, existieren jüdische Schulen, Krankenhäuser und Seniorenheime. Die größte Jüdische Gemeinde besteht in Berlin (über 12.000 Mitglieder). Große Gemeinden existieren auch in Frankfurt, München, Düsseldorf und Köln. In den zurückliegenden Jahren wurden zahlreiche neue, zum Teil architektonisch beachtliche Synagogen errichtet - etwa in München oder Dresden. Und der 27. Januar ist als Holocaust-Gedenktag ein stiller, aber nicht arbeitsfreier Gedenktag. Eingeführt wurde er von Bundespräsident Roman Herzog. Höhepunkt ist jeweils ein Festakt im Deutschen Bundestag. (kna öki 27.02.2018)

- **Der Musiker Peter Maffay (68) ist in Recklinghausen mit der Buber-Rosenzweig-Medaille ausgezeichnet worden.** Der Sänger wurde für sein entschiedenes Eintreten gegen Antisemitismus und Rassismus gewürdigt, wie der Deutsche Koordinierungsrats der Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit erklärte. Maffay, der sich mit seiner Stiftung für sozial benachteiligte Kinder und für den israelisch-palästinensischen Jugenddialog einsetzt, sagte bei der Verleihung: "Ohne Dialog werden wir die Probleme unserer Welt nicht lösen." Israel und Palästina seien ein internationaler Hotspot. "Wenn wir hier etwas erreichen, wird das auch auf andere Regionen der Welt ausstrahlen." Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Armin Laschet

(CDU) bescheinigte dem Musiker, im Geiste von Martin Buber zu wirken. "Denn Martin Buber hat uns mit seiner Ich-Du-Philosophie gezeigt, dass ein Mensch erst Würde und Identität gewinnt, wenn er sich nicht nur um sich selbst dreht, sondern sich auch für das Du des anderen Menschen öffnet." Laschet regte mit Blick auf den 80. Jahrestag der Reichspogromnacht vom 9. November 1938 eine gemeinsame Erklärung von Christen, Juden und Muslimen gegen Hass, Gewalt und Intoleranz an. Die Buber-Rosenzweig-Medaille, die der Koordinierungsrat seit 1968 vergibt, ist benannt nach dem jüdischen Philosophen Martin Buber (1878-1965) und Franz Rosenzweig (1886-1929). Mit der Preisverleihung wurde zugleich die bundesweite "Woche der Brüderlichkeit" eröffnet. Sie steht unter dem Motto "Angst überwinden - Brücken bauen". Das Thema greife "die aktuellen, begründeten und diffusen Bedrohungen und Ängste in der Gesellschaft auf", erklärten die Veranstalter. Die Aktionswoche stelle beispielhaft Modelle vor, durch die Angst überwunden und Begegnungen vorangetrieben werden könnten. In ganz Deutschland gibt es bis zum 18. März Veranstaltungen zum Jahresthema. Der aus Rumänien stammende Peter Maffay, der mit 18 Nummer-Eins-Alben zu den weltweit erfolgreichsten Rockmusikern gehört, ermutigte zum aktiven Einsatz für Toleranz und gegen Extremismus, "weil wir zu den weltweit wenigen Gesellschaften gehören, in denen die Demokratie funktioniert". Die katholische Ko-Präsidentin des Koordinierungsrates der 84 deutschen Gesellschaften für christlich-jüdische Zusammenarbeit, die Augsburger Theologin Margaretha Hackermeier, bezeichnete Maffay als einen "mutigen und beharrlichen Brückenbauer". Mit seinem Engagement und seiner Empathie überwinde er Ängste und schaffe Vertrauen. (kna öki 13.03.2018)

- **Vertreter der Kirchen und des Judentums sind besorgt über einen zunehmenden Antisemitismus in Deutschland.** Antisemitische Beleidigungen und Straftaten hätten in den vergangenen Jahren in erschreckendem Maße zugenommen, erklärte der Erfurter katholische Bischof Ulrich Neymeyr bei einem Treffen von Kirchenvertretern und Rabbinern zur "Woche der Brüderlichkeit" in Recklinghausen. Die aggressive Rhetorik von Rechtspopulisten sei dazu geeignet, die Kultur öffentlicher Debatten und das gesellschaftliche Zusammenleben nachhaltig zu beschädigen. "Wir dürfen nicht zulassen, dass der Respekt, den wir jedem Menschen schulden, als ‚Gutmenschentum‘ oder ‚politische Korrektheit‘ lächerlich gemacht wird", sagte Neymeyr. Die Achtung vor der Würde des Menschen sei kein Tabu, das es zu brechen gelte, sondern die moralische Grundlage des Zusammenlebens einer Gesellschaft. Der Berliner Rabbiner Jonah Sievers sagte: "Leider mussten wir in der letzten Zeit erkennen, dass der latent immer schon vorhandene Antisemitismus seine hässliche Fratze immer ungenierter in der Öffentlichkeit zeigt, sei es als klassischer Antisemitismus oder getarnt als Israel-Kritik." Dieser Zustand sei nicht hinnehmbar. Der evangelische hannoversche Landesbischof Ralf Meister sieht Rechtspopulismus als Symptom einer verängstigten Gesellschaft. Er reagiere auf eine gesellschaftliche Identitätskrise, für die unter anderem auch ein beschleunigter sozialer Wandel ursächlich sei. Es gehe darum, „Abstiegsängste wahrzunehmen, Gespräche zu führen, Konflikte auszutragen", so Meister. Grenzüberschreitungen, mit denen die Grundlagen der demokratischen Kultur verschoben werden sollen, seien nicht hinnehmbar. Rabbiner Avraham Yitzchak Radbil aus Osnabrück verwies auf die Sündenbockstrategie der Rechtspopulisten. Jeder Rechtspopulist versuche, den eigenen Bürgern zu vermitteln, dass sie "die eigentlichen Opfer im eigenen Land sind, die von den Fremden schamlos ausgebeutet und gefährdet werden". Radbil forderte, Hasspredigten und fremdenfeindlichen Äußerungen vehement entgegenzutreten. Der öffentlichen Veranstaltung war ein internes Gespräch vorausgegangen, in dem sich Rabbiner und Kirchenvertreter über die Bedeutung des interreligiösen Dialogs austauschten. Seit 2006 treffen sich Mitglieder der Allgemeinen Rabbinerkonferenz Deutschlands und der Orthodoxen Rabbinerkonferenz Deutschlands mit Vertretern der Deutschen Bischofskonferenz und des Rates der EKD jährlich zu einem Meinungs-austausch. Alle zwei Jahre organisieren sie gemeinsam mit dem Deutschen Koordinierungsrat der Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit eine öffentliche Veranstaltung. (kna öki 13.03.2018)
- **Der Direktor der Topographie des Terrors, Andreas Nachama, hat im Kampf gegen den Antisemitismus zu nachhaltigen Maßnahmen aufgerufen.** Es sei sinnlos, hektisch neue Programme aufzulegen, wenn es einen antisemitischen Vorfall gebe, sagte Nachama in Berlin. Viel besser sei eine Verstetigung von Maßnahmen. In diesem Zusammenhang lobte er das Vorhaben des „House of One“, an dem er als Rabbiner beteiligt ist. Damit habe etwa der interreligiöse Dialog künftig einen festen Ort. Er habe in den vergangenen Jahren immer wieder die Erfahrung gemacht, dass der Dialog personengebunden sei und dann abbreche, wenn etwa ein Pfarrer an eine andere Gemeinde versetzt werde oder ein Imam in die Türkei zurückkehre. Das „House of One“ in Berlin-Mitte soll einen Gemeinschaftsraum mit angeschlossener Synagoge, Moschee und einem christlichen Kirchenraum umfassen. Der Name „House of One“ ("Haus des Einen") bezieht sich auf den Glauben der beteiligten Religionen an einen Gott. Der Baubeginn soll

im kommenden Jahr sein. Unterdessen kritisierte die Berliner Psychologin Marina Chernivsky den Begriff eines "importierten Antisemitismus". Dadurch, dass der Antisemitismus bei eingewanderten Menschen verortet werde, bringe er Entlastung für Deutschland, so Chernivsky, die in der Zentralwohlfahrts-stelle der Juden in Deutschland arbeitet. Er stigmatisiere eine bestimmte Gruppe und lenke vom eigentlichen Problem ab. Der Antisemitismus sei längst in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Deswegen sei es ebenso falsch ihn ausschließlich Rechtsextremen zuzuordnen. (kna öki 27.03.2018)

- **Der Vorsitzende der Europäischen Rabbinerkonferenz, Pinchas Goldschmidt, plädiert dafür, dem Antisemitismus unter Migrantenkindern durch stärkere Bemühungen um Integration zu begegnen.** Goldschmidt sagte im Deutschlandfunk, nur so könne der Antisemitismus gestoppt werden, den die Kinder vom Küchentisch mit in die Schule brächten. Der Rabbiner betonte, Antisemitismus gebe es aber nicht nur unter Migranten. Er nannte die AfD und die extreme Rechte in Frankreich und Österreich, die er mit besonderer Sorge beobachte. Bundesbildungsministerin Anja Karliczek (CDU) und Bayerns Bildungs-minister Bernd Sibler (CSU) präsentierten unterdessen neue Vorschläge für eine bessere politische Bildung an Schulen. Karliczek sagte der "Augsburger Allgemeinen": "Wir müssen nicht nur über religiöse, sondern über gesellschaftliche Toleranz sprechen, wenn wir Demokratie alltäglich leben wollen. Ich bin deswegen bereits auf die Länder zugegangen, um gemeinsam Maßnahmen zu überlegen, wie wir Demokratieverständnis und Toleranz unseren Schülern stärker vermitteln können." Sibler sagte der Zeitung: "Wir planen, in den nächsten Wochen gezielt Werteinitiativen an den Schulen zu starten. Die Lehrer werden angewiesen, Schülern aktive Toleranz zu vermitteln und sie zu fördern. Unsere Kinder und Jugendlichen müssen lernen, andere Positionen zu achten." Im neuen Lehrplan für das neunstufige Gymnasium werde die politische Bildung gestärkt. Sibler betonte allerdings auch, dass das Problem in seinem Bundesland nicht akut sei. (kna öki 10.04.2018)
- **Papst Franziskus hat der jüdischen Gemeinde in Rom zum Pessach-Fest gratuliert.** In einem von der Synagoge verbreiteten Brief an Oberrabbiner Riccardo Di Segni übermittelte das Kirchenoberhaupt seinen "herzlichsten und brüderlichsten Glückwunsch". Weiter schrieb der Papst, Gott möge das "geliebte jüdische Volk" begleiten. Christen und Juden sollten in der Freundschaft wachsen und "gemeinsam Zeugen des Friedens und der Eintracht sein". Zugleich bat der Papst, für ihn zu beten. Franziskus beendete das Schreiben mit dem hebräischen Gruß "*Chag sameach*" (Frohes Fest). Di Segni wünschte seinerseits dem Papst mit einer handschriftlichen Notiz "Glück, Freude und Frieden" zum Osterfest. Der Oberrabbiner und der Papst waren sich bei verschiedenen Gelegenheiten persönlich begegnet, unter anderem bei einem Synagogenbesuch von Franziskus im Januar 2016. Das jüdische Pessach-Fest, das an die Befreiung Israels aus der Sklaverei in Ägypten erinnert, begann in diesem Jahr am Karfreitag im Kalender der Kirchen des Westens. (kna öki 10.04.2018)
- **Die Zahl der jüdischen Gemeindemitglieder in Deutschland ist 2017 zum elften Mal in Folge gesunken.** Nach der Statistik der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland waren zum Jahresende 97.791 Mitglieder registriert. 2016 waren es 98.594. Die Statistik bildet nicht die Gesamtzahl der in Deutschland lebenden Juden ab, weil sich nicht jeder Jude bei einer Gemeinde registriert. Die durch Zuzug aus der ehemaligen Sowjetunion in den 1990er-Jahren stark gestiegene Mitgliederzahl hatte 2006 ihren Höhepunkt mit 107.794 erreicht. 1990 lag sie noch bei 29.089. Grund für den Rückgang ist hauptsächlich der demografische Wandel: Es gibt deutlich mehr Todesfälle (1.505) als Geburten (251). Nach wie vor ist Deutschland für Juden ein Einwanderungsland: 760 neue Gemeindemitglieder kamen 2017 aus Staaten der ehemaligen Sowjetunion - die höchste Zahl seit neun Jahren-, 328 aus dem übrigen Ausland. 155 Juden wanderten aus Deutschland aus. 47 Prozent der jüdischen Gemeindemitglieder sind älter als 60 Jahre, die Gruppe der bis 30-Jährigen macht 20 Prozent der Mitglieder aus. Am mitgliederstärksten sind die jüdischen Gemeinden in Nordrhein-Westfalen (22.734), Berlin (9.526), Bayern (8.705), Baden-Württemberg (8.120) und Niedersachsen (7.888). (kna öki 17.04.2018)
- **Mehr als 2.000 Berliner haben nach Polizeiangaben am 25. April in Berlin gegen Antisemitismus sowie für Toleranz und Zivilcourage demonstriert.** Die Kundgebung vor dem Jüdischen Gemeindehaus in Charlottenburg stand unter dem Motto „Berlin trägt Kippa“. Auch viele nichtjüdische Teilnehmer setzten sich die traditionelle jüdische Kopfbedeckung auf. Ähnliche Veranstaltungen gab es auch in anderen deutschen Städten. Ein Anlass war der Angriff eines Arabisch sprechenden Mannes auf zwei Kippa tragende Israelis in Berlin. Der Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Josef Schuster, wies eine verbreitete Meinung zurück, es gebe kaum noch Antisemitismus. Immer mehr jüdische Eltern sähen sich gezwungen, "ihren Kindern einzutrichern, nach dem Gottesdienst die Kippa abzusetzen oder eine Basecap darüber

zu ziehen". Schuster kritisierte "Lehrer, die Antisemitismus an ihrer Schule verschweigen oder schönreden", und "Kommunen, die Neo-Nazi-Umtriebe stillschweigend hinnehmen, um den Tourismus nicht zu gefährden". Weiter mahnte der Zentralrats-Präsident: "Wenn bei Gedenkfeiern nach einem islamistischen Anschlag der Gewalttäter nicht klar benannt wird, sondern alle Religionen in einen Topf geworfen werden, erweist man dem interreligiösen Dialog einen Bärendienst." Der Zentralrats-Präsident forderte "100 Prozent Respekt für Juden, für Muslime, für Ausländer, für Homosexuelle und für alle Hautfarben". Sonst werde eine intolerante Gesellschaft zurückbleiben. Dort werde es Gruppen geben, "die sich anmaßen zu bestimmen, wer dazugehört und wer nicht". Der Unions-Fraktionsvorsitzende im Bundestag, Volker Kauder (CDU), verurteilte scharf, dass eine weitere Demonstration gegen Antisemitismus am Nachmittag in Berlin-Neukölln wegen Angriffen auf die Teilnehmer abgebrochen werden musste. Mit Blick auf den Antisemitismus "muss das Gerede vom Einzelfall aufhören", betonte Kauder. Er kündigte an, die Kulturminister der Länder wollten in den Lehrplänen der Schulen verstärkt Antisemitismus thematisieren. Auch Berlins Regierender Bürgermeister Michael Müller (SPD) versprach, der Senat wolle „zielgerichtete Initiativen" vor allem für Kinder und Jugendliche fördern. Der evangelische Berliner Bischof Markus Dröge forderte, die deutsche Gesellschaft müsse "noch viel sensibler gegenüber jeder Form von Judenfeindschaft werden und auch versteckten Antisemitismus zurückweisen. Die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Annette Widmann-Mauz (CDU), wandte sich dagegen, alle Flüchtlinge pauschal unter Antisemitismusverdacht zu stellen. Der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, Gideon Joffe, betonte, Berlin sei "noch weit entfernt von der Situation in Frankreich und Belgien". Es dürfe aber nicht dazu kommen, dass Juden nur noch auf ihre Schulen und anderen Einrichtungen angewiesen seien, um geschützt zu sein. Er dankte auch den Muslimen, die an der Kundgebung teilnahmen. (kna öki 02.05.2018)

- **60 Jahre institutionelles Reformjudentum in Israel.** Rabbinerin Maya Leibovich ist dankbar für den Besuch der Gruppe vom katholischen Martinushaus Aschaffenburg in ihrer "liberalischen" Synagoge von Mevasseret Zion. So nennt sie ihre Gemeinde vor den Toren Jerusalems auf Deutsch. Dankbar ist sie aus zwei Gründen: zum einen für das Interesse, zum anderen für die Spende, die zwischen ihr und der Gemeinde aufgeteilt wird. Rabbiner und Rabbinerinnen nichtorthodoxer Gemeinden werden, anders als Kollegen orthodoxer, nicht vom Staat bezahlt. Anfang der 1990er Jahre begann Rabbanit Mayas Gemeinde mit sieben Familien, 1993 wurde sie Rabbinerin - die erste in Israel geborene. Heute gehören etwa 200 Familien zur *Kehila*, wie Gemeinde auf Hebräisch heißt, darunter die des Schriftstellers David Grossman. In Mevasseret Zion existieren laut Rabbinerin 40 Gemeinden, ihre sei jedoch "die größte und aktivste". In der Synagoge - hebr. *Bel HaKnesset* - trifft man sich auch zu Vorträgen, wörtlich übersetzt sei es ja das "Haus, wo man sich sammelt". Den sozialen Aspekt der Gemeindegemeinschaft hält die 70-Jährige für wichtiger als den religiösen.

Das Reformjudentum begann in Deutschland, einflussreichster Denker der jüdischen Aufklärung war Moses Mendelssohn: Er übersetzte den Pentateuch ins Deutsche und machte das deutsche Judentum mit der europäischen Kultur vertraut. Fortan erforschten jüdische Gelehrte das Judentum ohne religiöse Voreingenommenheit. Manche empfahlen die Abänderung der Speisegesetze oder die Verlegung des Sabbats. Der jüdische Bankier Israel Jacobson ließ 1801 in Seesen bei Goslar die erste Reformsynagoge Deutschlands erbauen: Man betete nun auf Deutsch, Chorgesang wurde eingeführt. 1818 wurde in einer Hamburger Gemeinde die Kopfbedeckung für Männer abgeschafft. Die 1845 in Berlin gegründete Reformgemeinde verlegte tatsächlich den Sabbatgottesdienst auf den Sonntag. Die neue Bewegung breitete sich rasch aus - nach London, Breslau, Budapest. Mehr und mehr wurden jedoch die USA zum Zentrum der Erneuerung. "Obwohl das progressive Judentum seine frühe klassische Periode in Deutschland und Mitteleuropa erlebte, wuchs und entwickelte es sich am stärksten in den USA", heißt es auf der Internetseite der "Israelischen Bewegung für Fortschrittliches und Reformorientiertes Judentum". Auch wenn es mit dem aus Frankfurt stammenden Rabbi Max (Meir) Elk schon in den 1930er Jahren in Haifa Reformversuche gab, öffnete erst 1958 mit der *Kehilat Har-El* (Berg Gottes) unter Schalom Ben Chorin (geb. 1913 München, gest. 1999 Jerusalem) die erste Reformsynagoge Israels. Ihr Selbstverständnis und Ziel: das jüdische Erbe bewahren und die jüdische Tradition stetig erneuern. Gebet und Studium sind ebenso wichtig wie Kultur und Werke sozialer Gerechtigkeit. Während es in Nordamerika etwa 900 Reformgemeinden mit 1,5 Millionen Mitgliedern gibt, gehören in Israel gerade einmal 50 Gemeinden der Reformbewegung an. Doch nehmen die Sympathisanten zu: Haben sich 2010 gerade einmal 3,7 Prozent der Israelis als reformierte Juden bekannt, waren es 2017 etwa doppelt so viele. Rabbi Michael Marmur vom *Hebrew Union College* in Jerusalem sieht es als Erfolg an, dass man die Dualität zwischen Orthodoxie und Säkularismus in Israel aufgebrochen habe. "Das war harte Arbeit, und es ist immer noch viel zu tun", sagte er unserem Magazin im Interview. Was den Rabbiner mit Stolz

erfüllt: "Die Reformbewegung ist eine Stimme geworden im Kulturkampf, der sich in Israel abspielt." Genau wie Rabbanit Maya sieht er noch eine wichtige Aufgabe, der sich die Bewegung stellen muss: Die Trennung zwischen Politik und Religion. "Diese unheilige Ehe zwischen religiösem Establishment und dem Staat Israel muss aufgelöst werden." (kna öki 02.05.2018)

- **Der Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Josef Schuster, nimmt die Kirchen im Kampf gegen Judenfeindlichkeit stärker in die Pflicht.** Es gebe einen Antisemitismus, "der sich als Kritik an Israel tarnt und leider auch in Kirchenkreisen immer häufiger anzutreffen ist", sagte Schuster in Frankfurt. "Eine grundsätzliche Solidarität mit dem Staat Israel und ein deutliches Bekenntnis zur bleibenden Verantwortung Deutschlands für Israel erwarten wir von den Kirchen", betonte Schuster. Es reiche nicht, die Verbrechen der Schoah rückblickend zu verurteilen. „sie müssen Konsequenz für unser Handeln bis heute haben.“ Wenn diese unmissverständliche Haltung in die Kirchengemeinden hineinragen werde, könne man "einen essenziellen Beitrag leisten, um den Antisemitismus in Deutschland einzudämmen", so Schuster. Zugleich forderte er eine klare Distanzierung "von jeglicher Form von Judenmission". Er sprach an der Goethe-Universität bei einer internationalen Konferenz zur Gegenwart und Zukunft des christlich-jüdischen Dialogs. Schuster betonte, auf jüdischer Seite wisse man „die immense Entwicklung zu schätzen, die beide Kirchen seit Ende des Zweiten Weltkriegs gemacht haben“. Neben EKD-Denkschriften und der Synoden-Erklärung zum Reformationsjubiläum sowie der Konzilserklärung *Nostra Aetate* gebe es etwa auch die Positionierung der Kirchen in der Beschneidungsdebatte 2012. "Sie zeigten sofort und öffentlich Solidarität und setzten sich vehement für die weitere Erlaubnis der Beschneidung ein", so Schuster. Der Präsident des Zentralrats der Juden wandte sich gegen einen verstärkten christlich-jüdisch-muslimischen Dialog. "Selbstverständlich brauchen wir das Gespräch mit muslimischen Verbänden und muslimischen Persönlichkeiten", sagte Schuster. "Wenn jedoch ein christlich-jüdisch-muslimischer Dialog unseren bisherigen Dialog ersetzen sollte, dann halte ich dies nicht für sinnvoll." Denn der Dialog des Christentums mit seinem "älteren Bruder" sei unerlässlich. (kna öki 15.05.2018)
- **Die diesjährige Wallfahrt zum jüdischen Heiligtum der "Ghriba" (die Seltsame, Wunderbare) auf der tunesischen Insel Djerba im Mai war mit einer jüdisch/islamisch/griechisch-orthodoxen Konferenz zum Thema "Dialog der Religionen und Kulturen im Kampf gegen Extremismus und Terror" verbunden.** Die berühmte Synagoge war selbst wiederholt das Ziel von Angriffen radikaler islamistischer Gruppen. Der bisher schlimmste erfolgte am 11. April 2002, als Dschihadisten von Al-Kaida einen mit 5.000 Litern Flüssiggas beladenen Lastwagen gegen die Synagoge fuhren. Die Explosion kostete 14 deutsche Besucher des Gotteshauses das Leben, weitere fünf starben, und 30 wurden schwer verletzt. Metropolit Meletios Koumanis von Karthage erklärte im Namen der orthodoxen Konferenzteilnehmer, Untaten wie jene von 2002 dürften sich nicht wiederholen. Die besten Mittel dagegen seien persönliche Frömmigkeit, Nächstenliebe, Gesprächsbereitschaft und Respekt vor dem Leben der andersgläubigen Mitmenschen - zwischen den Religionen hingegen Dialog und gegenseitige Achtung. Im Rahmen der Konferenz besuchten ihre Teilnehmer auf Djerba auch die orthodoxe Nikolauskirche, die dort in den 1920er Jahren von russischen Emigranten errichtet worden war. Auf der Konferenz vertreten waren unter anderem der Präsident der Europäischen Rabbinerkonferenz, Oberrabbiner Pinchas Goldschmidt von Moskau, und Tunesiens Großmufti Othman Battikh. Die Wallfahrt von Juden aus aller Welt zur Ghriba von Djerba findet alljährlich zwischen Pessach (Ostern) und Schewuot (Pfingsten) statt. Dabei wird vor allem des Rabbi Schimon ben Jochai aus dem zweiten nachchristlichen Jahrhundert gedacht. Ihm ist der berühmte mystische Bibelkommentar des "Zohar" zugeschrieben, der aber erst aus dem Mittelalter stammen dürfte. (kna öki 15.05.2018)
- **Zum jüngsten Urteil zu rituellen Schlachtungen kommen positive Reaktionen von jüdischer Seite. Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hatte am 29. Mai seine Entscheidung veröffentlicht, wonach rituelle Schlachtungen ohne Betäubung nur in zugelassenen Schlachthöfen vorgenommen werden dürfen.** "Wir haben kein Problem mit diesem Urteil", sagte der Präsident der Europäischen Rabbinerkonferenz, Oberrabbiner Pinchas Goldschmidt, der Deutschen Welle. Ähnlich äußerte sich der stellvertretende Generalsekretär des Jüdischen Weltkongresses, Maram Stern. Er nannte das Urteil unproblematisch. Der Gerichtshof unterstreiche "ausdrücklich das Recht der Religionsgemeinschaften auf das Schächten", sagte er der Deutschen Welle. "Dass dieses Recht gewissen Standards genügen muss, insbesondere auch im Hinblick auf das Tierwohl, ist nichts Neues. Das wird im Übrigen beim koscheren Schlachten sowieso verlangt. Wichtig für uns Juden ist, dass das rituelle Schächten nicht mit falschen Argumenten ganz untersagt wird." Hier habe die EU eine "wichtige Wächterfunktion". Der EuGH hatte betont, dass die in dem Urteil genannte Verpflichtung nicht die Religionsfreiheit beeinträchtige. Durch die Regel würden rituelle Schlachtungen "lediglich" organisiert und

Vorgaben etwa zum Tierwohl und der Gesundheit der Konsumenten gemacht. Die Vorgaben beschränkten deshalb nicht das Recht von Muslimen auf Religionsfreiheit, so der EuGH. Rituelle Schlachtungen fielen unter den Begriff "religiöser Ritus" und seien durch die EU-Grundrechtecharta geschützt. Mehrere islamische Vereinigungen und Moschee-Dachverbände aus Belgien hatten die Region Flandern 2016 verklagt, weil sie das Schächten ohne Betäubung in temporären Schlachtstätten verboten hatte. Die Verbände argumentierten, dass das Verbot gegen die Religionsfreiheit verstoße. Zudem reichen die Kapazitäten der Schlachthöfe nach Angaben der muslimischen Interessenvertreter während des islamischen Opferfestes nicht aus. Laut EuGH betrifft dieses Problem jedoch nur eine kleine Zahl von Gemeinden in Flandern und beeinträchtigt damit nicht die Gültigkeit der aufgestellten Regeln. (kna öki 05.06.2018)

- **Die Buber-Rosenzweig-Medaille 2019 geht an die Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus und das Netzwerk für Demokratie und Courage.** Die Auszeichnung werde bei der Eröffnungsfeier der Woche der Brüderlichkeit am 10. März 2019 in Nürnberg überreicht, teilte der Deutsche Koordinierungsrat der Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit in Bad Nauheim mit. Die jährlich vom Koordinierungsrat veranstaltete Woche der Brüderlichkeit steht 2019 unter dem Jahresthema "Mensch, wo bist Du? Gemeinsam gegen Judenfeindschaft". (kna öki 05.06.2018)
- **Der Zentralrat der Juden in Deutschland drängt auf eine rasche Errichtung der in Frankfurt geplanten Jüdischen Akademie.** Bei der öffentlichen Hand erkenne man zwar "den Willen für ein solches Projekt, nicht aber die Dringlichkeit, mit der man sich der Sache annimmt", sagte Harry Schnabel, Präsidiumsmitglied des Zentralrats, in Frankfurt. Nach dem Vorbild der christlichen Akademien soll in Frankfurt eine bundesweit einzigartige jüdische Bildungseinrichtung entstehen, die "jüdische Perspektiven" in den öffentlichen Diskurs einbringt. "Wir brauchen nicht noch mehr Antisemitismusbeauftragte auf Landes- und Kommunalebene", sagte Schnabel, der dem Vorstand der Jüdischen Gemeinde Frankfurt angehört. Nötig seien Einrichtungen "wie solch eine Akademie, die aufklärt und hilft, Vorurteile abzubauen". Hier seien finanzielle Ressourcen "sicher besser investiert". Es werde Zeit, dass die Bildungsabteilung des Zentralrats der Juden auch offiziell in eine Jüdische Akademie "transformiert" werde, betonte Schnabel. Eine solche Akademie könne, wenn sie effizient arbeiten wolle, "kein Wanderzirkus" sein, sondern brauche einen festen Standort. Schnabel sprach bei der "Internationalen Konferenz zum 70. Jahrestag der Staatsgründung Israels" in der Jüdischen Gemeinde Frankfurt. Dort bekräftigte der Frankfurter Bürgermeister Uwe Becker (CDU) die Absicht der Stadt, die Errichtung einer Jüdischen Akademie in der Mainmetropole mit 4,5 Millionen Euro zu unterstützen. Diese Summe sei "fest im Haushalt vorgesehen", sagte Becker in seinem Grußwort. Jüdisches Leben sei Teil der Identität Frankfurts. Keine andere Stadt in Deutschland sei in ihrer geschichtlichen Entwicklung von jüdischen Familien "so vorangebracht worden wie Frankfurt". Becker, der auch Kirchendezernent ist, hatte im Februar bereits betont, dass die geplante Errichtung einer Jüdischen Akademie ein wichtiges Zeichen im Kampf gegen einen wachsenden Antisemitismus sei. Er sicherte nun zu, das vom Zentralrat der Juden geplante, rund 15,6 Millionen Euro teure Projekt, mit 4,5 Millionen Euro zu unterstützen. (kna öki 12.06.2018)
- **Auch in Niedersachsen und Bremen ist der Reformationstag am 31. Oktober künftig gesetzlicher Feiertag.** Die Parlamente der beiden Länder verabschiedeten entsprechende Gesetze jeweils mit fraktionsübergreifender Mehrheit. Anfang des Jahres hatten bereits Schleswig-Holstein und Hamburg den Weg für den Reformationstag als gesetzlichen Feiertag geebnet. Da der Tag in Mecklenburg-Vorpommern schon Feiertag war, haben nun alle Bewohner der nördlichen Bundesländer am 31. Oktober einen arbeitsfreien Tag. Die evangelischen Kirchen begrüßten die Entscheidung. Hannovers Landesbischof Ralf Meister sprach von einer "historischen Entscheidung". Es handele sich um einen Feiertag, "der in seiner Gestaltung herausfordernd ist und große Chancen bietet, aber auch unbequem sein kann", so der Landesbischof. Konkrete Vorstellungen zur - auch ökumenischen - Ausgestaltung gibt es bei der Hannoverschen Landeskirche bereits. Zum Reformationsgedenken 2017 sei es gelungen, den 31. Oktober "religionsübergreifend, ökumenisch und weltoffen zu begehen", sagte Meister. Auch die kritische Auseinandersetzung mit der Reformation habe es gegeben. Daran wolle man anknüpfen und auf Veranstaltungen und in Gottesdiensten über Werte wie Freiheit oder den Schutz nationaler Grenzen ins Gespräch kommen. Der Reformationstag könne Diskussionsforum sein, "um über die verschiedenen Standpunkte und Überzeugungen miteinander ins Gespräch zu kommen", so Meister. Die katholische Kirche, die den Buß- und Betttag als neuen Feiertag favorisiert hatte, zeigte sich konziliant. Der Leiter des Katholischen Büros Niedersachsen, Felix Bernard, versicherte, die Katholiken würden jetzt nicht zu "Protestanten" gegen den neuen Feiertag. Die evangelische Kirche müsse den neuen Feiertag gestalten. "Wenn dabei ein



Mitwirken der katholischen Kirche gewünscht wird, sind wir in ökumenischer Verbundenheit gesprächsbereit." Der Landesverband der jüdischen Gemeinden hatte schon im Vorfeld der Entscheidung Proteste angekündigt, sollte der Reformationstag zum neuen Feiertag im Land werden. Vorsitzender Michael Fürst sprach von einem "Affront" für das christlich-jüdische Verhältnis. "Heute würde man sagen, Luther war ein Hassprediger, und deswegen ist das für uns als Feiertag nicht akzeptabel", sagte er dem Kölner domradio. Hauptgrund für die Initiative war das Ungleichgewicht bei der Anzahl der Feiertage zwischen Nord- und Süddeutschland. Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen und Bremen gehörten mit nur neun gesetzlichen Feiertagen im Jahr bislang bundesweit zu den Schlusslichtern. Spitzenreiter Bayern hat 13 Feiertage. (kna öki 26.06.2018)

- **Der Zentralrat der Juden in Deutschland erhält mehr staatliche Unterstützung.** Der jährliche Bundeszuschuss soll von derzeit 10 auf 13 Millionen Euro angehoben werden. Einen entsprechenden Vertrag unterzeichneten der Präsident des Zentralrats, Josef Schuster, seine beiden Stellvertreter Abraham Lehrer und Mark Dainow sowie Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) am 6. Juli in Berlin. Der Vertrag tritt laut Ministerium nach der Ratifizierung durch ein Bundesgesetz in Kraft. Seehofer erklärte, dass der Zentralrat sich wachsenden Herausforderungen stellen müsse. "Auch der gestiegene Antisemitismus in der Gesellschaft gibt mir Anlass zur Sorge", so Seehofer. Wer jüdische Bürger bedrohe, bedrohe alle Bürger. Zentralratspräsident Schuster sprach von einem guten Tag für die jüdische Gemeinschaft. Der Zentralrat wolle wachsendem Antisemitismus vor allem durch Aktivitäten im Bildungsbereich begegnen. Wie es aus dem Innenministerium weiter hieß, sind die Mittel vor allem für das Engagement des Zentralrats für Erinnerungsarbeit und Integration sowie gegen Antisemitismus gedacht. Der Zentralrat der Juden ist nach seinem Selbstverständnis für alle Richtungen innerhalb des Judentums offen. Union und SPD hatten sich im Koalitionsvertrag auf eine Erhöhung der Zuwendungen des Bundes für den Zentralrat geeinigt. Der erste Staatsvertrag zwischen Regierung und Zentralrat wurde 2003 unterzeichnet. Darin steht, dass die Bundesregierung zur Erhaltung und Pflege des deutsch-jüdischen Kulturerbes, zum Aufbau einer jüdischen Gemeinschaft und zu den integrationspolitischen und sozialen Aufgaben des Zentralrats beiträgt. Dazu gehört auch, dass sie den Zentralrat "bei der Erfüllung seiner überregionalen Aufgaben sowie den Kosten seiner Verwaltung" finanziell unterstützt. Im Ursprungsvertrag lagen die Leistungen bei jährlich drei Millionen Euro. Der Zuschuss wird im Vertrag als "Staatsleistung" bezeichnet. Davon zu unterscheiden sind allerdings die sogenannten altrechtlichen Staatsleistungen an die Kirchen, die bereits vor Inkrafttreten der Weimarer Reichsverfassung von 1919 gezahlt wurden. Diese beruhen zu einem Teil auf Entschädigungen für im 19. Jahrhundert enteignete Kirchengüter und werden heute von den Bundesländern an die beiden großen Kirchen gezahlt. Jährliche Zuschüsse fließen - in erheblich geringerem Umfang - auch an jüdische Gemeinden. (kna öki 03.07.2018)
- **Ein neuer Aufsatz des emeritierten Papstes Benedikt XVI. über die christliche Sicht des Judentums bringt Unruhe in das Verhältnis von Juden und Christen.** Erste Reaktionen von katholischen und jüdischen Theologen fallen fast durchgängig kritisch-negativ aus. Zugleich fragen sie nach den Motiven der Veröffentlichung. Denn der in der Juli-Ausgabe der Fachzeitschrift "Communio" unter dem Doppelnamen "Joseph Ratzinger - Benedikt XVI." erschienene Text war von seinem Autor zunächst nicht zur Veröffentlichung bestimmt. Vielmehr hatte er seine Anmerkungen zum Traktat *„De Judaeis“* mit dem Titel "Gnade und Berufung ohne Reue" dem Präsidenten der Vatikanischen Kommission für die religiösen Beziehungen mit dem Judentum, Kardinal Kurt Koch, "zur persönlichen Verwendung" überreicht, wie dieser in seinem "Geleitwort" schreibt. Ratzinger/Benedikt reagierte damit auf ein 2015 von der Kommission vorgelegtes Dokument mit dem Titel "Denn unwiderruflich sind Gnade und Berufung, die Gott gewährt" zum katholisch-jüdischen Dialog 50 Jahre nach der bahnbrechenden Konzilserklärung *Nostra aetate*. In seinen "Anmerkungen" geht es dem emeritierten Papst vor allem um zwei Denkfiguren, die die neue Sicht des Zweiten Vatikanischen Konzils zum Ausdruck bringen: Beide Thesen, schreibt er, "dass Israel nicht durch die Kirche substituiert werde, und dass der Bund nie gekündigt worden sei - sind im Grunde richtig, sind aber doch in vielem ungenau und müssen kritisch weiter bedacht werden". So habe es eine "Substitutionstheorie" - also die Vorstellung, die Kirche sei an die Stelle Israels getreten - "als solche nicht gegeben". Auch die Frage des "nie gekündigten Bundes" zwischen Gott und den Juden - eine Aussage, die auf Papst Johannes Paul II. zurückgeht - verlangt laut Benedikt XVI. nach Differenzierungen. Dass diese Überlegungen Sprengstoff enthalten, ließen bereits die einordnenden Worte des Wiener Dogmatikers und "Communio"-Herausgebers Jan-Heiner Tück ahnen, der empfahl, diesem "Zeugnis innerkirchlicher Reflexion" mit einer "Hermeneutik des Wohlwollens" entgegenzutreten. Der Schweizer Jesuitenprovinzial Christian Rutishauser kommentierte noch vor dem Erscheinen des Ratzinger-Aufsatzes in der "Neuen Zürcher Zeitung", damit werde "christliche Identität auf Kosten der

jüdischen formuliert". Obwohl Benedikt betone, die Neuausrichtung nach dem Konzil sei grundsätzlich richtig, höhle er sie mit diesem Aufsatz weitgehend aus.

Der Berliner Rabbiner Walter Homolka spitzte dies in einem Vortrag zu mit der Bemerkung: "Wer die Rolle des Judentums so beschreibt, baut mit am Fundament für neuen Antisemitismus auf christlicher Grundlage!" In einem Aufsatz in der "Zeit" fügte er hinzu: "Dem Verfasser bedeutet das lebendige Judentum von heute nichts. Für ihn ist das Judentum lediglich eine Vorform des Christentums, eine Reminiszenz. Aus der Gemeinsamkeit der Schrift erwächst keine substanzielle Nähe zwischen Juden und Christen." Ebenfalls in der "Zeit" äußerte sich der Salzburger Theologe Gregor Maria Hoff, der auch Berater der Vatikan-Kommission ist. Mit seinen Ausführungen erweise sich Benedikt als "blind gegenüber der Ideologiegeschichte seiner Kirche und macht sie anschlussfähig für religiösen Antijudaismus", betonte er. Hinter die Einsichten des Konzils wolle er zwar erklärtermaßen nicht zurück, aber in der Sache wiederhole der emeritierte Papst die Substitutionstheorie. "Bei ihm tritt die christliche Eucharistie an die Stelle des jüdischen Tempelkults, die prophetischen Traditionen Israels erfüllen sich christlich." Wer als christlicher Theologe über Israel schreibe, dürfe nicht ungeniert von der "ganzen Härte der Strafen" Gottes sprechen, urteilt Hoff. Benedikt tut es. Er spricht sogar von Israels 'Treulosigkeit'. Seinem Nachfolger Franziskus hingegen sei klar, dass "Gott weiterhin im Volk des alten Bundes wirkt". Benedikt XVI. habe dagegen stets einen "Relativismus" verschiedener Heilswege bekämpfen wollen. Für den Deutschen Koordinierungsrat der Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit ist die Veröffentlichung des Aufsatzes "Anlass zu großer Sorge". "Die Zukunft des christlich-jüdischen Dialoges gerät im Zweifelsfall ins Wanken angesichts dieser eingehend kritischen Hinterfragung seines theologischen Fundaments", erklärte das Präsidium des Koordinierungsrats der rund 80 Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit. Die "vermeintlich stabile Brücke" zwischen Kirche und Judentum komme "ins Wanken, wenn die theologischen Fundamente derart in Frage gestellt werden und keine neuen in naher Zukunft erkennbar sind". Umgehende Klärungsgespräche seien deshalb unumgänglich. Entspannter zeigt sich der Wiener Oberrabbiner Arie Folger, der zu den Autoren einer im vergangenen Jahr veröffentlichten Erklärung von internationalen Rabbinern mit dem Titel "Zwischen Jerusalem und Rom" gehört. Er empfinde den Aufsatz anders als etwa Jesuitenprovinzial Rutishauser, schreibt er in der "Jüdischen Allgemeinen", nämlich als einen "Text, der von einem bedeutenden, konservativen katholischen Theologen für den internen Gebrauch des Vatikans geschrieben wurde und daher nicht an Maßstäben des öffentlichen und interreligiösen Diskurses gemessen werden sollte". "Nicht nachvollziehbar" sei für ihn auch die Kritik daran, dass nach Meinung Ratzingers auch Juden nur dank Jesu zum Seelenheil gelangen können: "Was erwarten wir von einem Papst? Erwarten wir Juden tatsächlich, dass die Kirche das Judentum als legitimen Umweg um die kirchliche Lehre herum akzeptieren muss?" Er fügt hinzu: "Wir brauchen die Bestätigung der Kirche nicht, um an die Wahrheit des Judentums zu glauben." Gleichwohl sieht auch Folger kritische Punkte: So sei die These Benedikts, dass die Substitutionstheorie nie Teil der kirchlichen Lehre gewesen sei, ein "ahistorischer Revisionismus, der das reale Leid ignoriert, das wegen der Doktrin von ‚*Verus Israel*‘ Juden jahrhundertlang angetan wurde". "Sehr problematisch" sei auch Benedikts Vorschlag, dass Christen Juden belehren sollten, wie die relevanten Stellen in der Hebräischen Bibel christologisch zu verstehen seien. "Nach so viel jüdischem Blut, das durch christliche Judenfeindschaft vergossen wurde, sollte Benedikt klar sein, dass es keine positive Einstellung zur Judenmission geben kann." Aufmerksamkeit verdienten auch Benedikts Bemerkungen zum Zionismus und seine Betrachtung des „jüngsten und längsten jüdischen Exils“ ausschließlich aus christlicher Perspektive.

Eine "klare Regression" und einen "überraschenden Rückschritt, mit dem wir auf jüdischer Seite nicht gerechnet haben", konstatiert in der "Neuen Zürcher Zeitung" der Rabbiner und Dozent für Judaistik an den Universitäten Zürich und Luzern, David Bollag. Er schließt seinen kritischen Beitrag mit mehreren Fragen an Kardinal Koch: "Warum ist der Präsident der Kommission für die Beziehungen zum Judentum, wie er im Vorwort zum Artikel von Benedikt schreibt, ‚überzeugt, dass der vorliegende Beitrag das jüdisch-katholische Gespräch bereichern wird‘? Bereut er etwa die Aussagen seiner Kommission? Will er ihnen gar widersprechen (lassen)? Was ist nun wirklich die Position der Kommission für die religiösen Beziehungen zum Judentum zur Substitutionstheologie? Zum ‚nie gekündigten Bund‘? Und vor allem zur Judenmission? Will der Vatikan den jüdisch-christlichen Dialog wieder gefährden? Sind wir nun wieder die *Iudaei perfidi*, die treulosen, perfiden Juden?" Fragen gehörten zum Dialog, so Bollag. "Wir warten auf Antworten." In mancher Hinsicht erinnert die Angelegenheit an den Streit um die "Regensburger Vorlesung" Benedikt XVI. von 2006, in dem er mit einer akademischen Diskussion Teile der islamischen Welt gegen sich aufbrachte. Auch diesmal hat er offenbar die Außenwirkung seiner Überlegungen nicht hinreichend antizipiert. "Karol Wojtyła dürfte sich wegen dieser groben Fahrlässigkeit, die auch auf das Konto mangelnder redaktioneller Umsicht in der Zeitschrift geht, im Grabe herumdrehen", kommentierte Christian Geyer in der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" (kna öki 03.07.2018)

- **Wo vor 80 Jahren Konstanzer SS-Schergen das jüdische Gotteshaus anzündeten und mit Sprengstoff dem Erdboden gleichmachten, entsteht jetzt Neues:** "Wir haben so lange daraufhin gearbeitet, jetzt sind wir endlich auf der Zielgeraden", sagt Peter Stiefel, Vorsitzender der Synagogengemeinde Konstanz. Mitten im Baustellenchaos lässt er den Blick durch den Gebetsraum schweifen. Noch ist er ein kahler Betonrohbau. Doch der hohe, helle Raum mit großer Kuppel strahlt schon jetzt Würde aus. In wenigen Monaten sollen Synagoge und Gemeindezentrum eingeweiht werden. Und zum neuen Mittelpunkt des jüdischen Lebens am Bodensee werden. 300 Mitglieder hat die südlichste jüdische Gemeinde Baden-Württembergs. Zuletzt Ulm und Rottweil, jetzt Konstanz. Das vor allem nach der Zuwanderung aus den ehemaligen Sowjetstaaten zahlenmäßig erstarkte Judentum eröffnet nun auch im Südwesten neue Synagogen. "Die Planungen für den Neubau in Baden-Baden laufen, dann werden wir in allen Gemeinden wieder eine Synagoge haben", sagt der Vorsitzende des Oberrats der Israelitischen Religionsgemeinschaft Baden, Rami Suliman. Rund 8.000 Frauen und Männer gehören landesweit zu den Gemeinden. "Froh stimmt uns, dass es in den vergangenen Jahren auch gelungen ist, junge Juden in unsere Gemeinden einzubeziehen", so Suliman. "Das ist unsere Zukunft." Gleichzeitig berichteten ihm viele von einem wachsenden Gefühl der Unsicherheit auch im Südwesten. Nach Angaben des Innenministeriums gab es 2017 landesweit knapp 100 antisemitische Straftaten. In Heilbronn wurde ein öffentlich aufgestellter Chanukka-Leuchter zerstört, in Ulm die neue Synagoge beschädigt. "Einige Gemeindemitglieder wollen nicht mehr als Juden erkannt werden und beispielsweise keine Briefe erhalten, die den Davidstern auf dem Umschlag haben", sagt Suliman. Umso dankbarer sei der Oberrat für die "gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit" mit der Landesregierung. Überwunden ist die Diskussion um die Höhe der Landeszuschüsse. Sehr zufrieden ist die Religionsgemeinschaft mit der Berufung des neuen Antisemitismusbeauftragten der Landesregierung: "Michael Blume ist durch seine Erfahrungen und Vernetzung der richtige Mann an der richtigen Stelle", so Suliman. Auch Gemeindevorstand Stiefel hat Angst vor Antisemitismus, etwa durch "Import-Antisemitismus" von Flüchtlingen aus muslimischen Ländern. Doch die Vorfreude auf das neue Gemeindezentrum in der Altstadt, wenige Meter von der 1938 zerstörten Synagoge entfernt, überwiegt. Die Stadt stellte der Gemeinde das Grundstück zur Verfügung. Das mittelalterliche Fachwerkhaus "Zum Anker" wurde in Teilen erhalten und mit dem modernen Synagogenneubau verbunden. Eine komplizierte Baustelle, um mittelalterliches Fachwerk zu erhalten und gleichzeitig funktionale Räume zu schaffen. "Eine Synagoge baut man für die Ewigkeit", sagt Stiefel. Dabei hätte alles schon früher fertig sein können: Jahrelang gab es innerjüdische Differenzen zwischen liberalen und orthodoxen Strömungen. Unter Druck und Vermittlung des Oberrats wurde schließlich eine „Einheitsgemeinde“ gegründet. Auch wenn damit nicht alle einverstanden waren. Minia Joneck etwa, die 2015 einen liberalen jüdischen Verein gründete. "Wir konnten uns nicht eingliedern, weil die Orthodoxen beispielsweise Frauen nicht die gleichen Rechte einräumen wie Männern", so die Sprecherin des Vereins mit nach ihren Angaben 60 Mitgliedern. Gemeindevorstand Stiefel weist die Vorwürfe zurück. Er verteidigt aber zugleich, dass in der neuen Synagoge Frauen und Männer getrennt beten. Männer unten, Frauen oben auf der Empore. "Aber auch liberale Gruppen werden bei uns Gottesdienste feiern können. Sie bekommen einen eigenen Raum, und nachher können wir gemeinsam zusammen sitzen", so Stiefel. Ob alle der Einladung folgen, ist offen. "Wir werden uns sicher nicht in einen Mini-Raum abschieben lassen", sagt Joneck, die auf eigenen Büroräumen besteht. Ganz abgerissen ist der Gesprächsfaden nicht. Und die Debatten sind keine Konstanzer Spezialität - aktuell ringt auch die jüdische Community in Freiburg um mehr Gemeinsamkeiten zwischen Liberalen und Orthodoxen. Auch hier mit offenem Ausgang. (kna öki 03.07.2018)

## 2. Aus der jüdischen Welt – Israel

- **Die Grabeskirche in Jerusalem ist bis auf weiteres geschlossen:** Die Verantwortlichen für die Kirche – griechisch-orthodox, katholisch und armenisch – wollen damit gegen die Israelische Politik demonstrieren. Die „systematische und offensive Kampagne“ gegen Kirchen und Christen habe mit der Ankündigung der Verantwortlichen in Jerusalem, Kircheneigentum wegen angeblicher Steuerschulden zu beschlagnahmen, „ein ungekanntes Ausmaß“ erreicht, heißt es in einer vom griechisch-orthodoxen Patriarchen Theophilos III. öffentlich verlesenen Erklärung. Zu den Unterzeichnern gehören neben Theophilos auch Franziskanerkustos Francesco Patton sowie der armenische Patriarch Nourhan Manougian. Das Vorgehen Israels gegen die Kirchen gipfeln in einem geplanten Gesetz, das vom zuständigen Ministerrat beraten werden soll. Es sieht vor, dem Staat die Enteignung von an Privatinvestoren verkauftem Kirchenland zu ermöglichen. Opfer des auf die „Schwächung der christlichen Präsenz“ angelegten Vorgehens seien verarmte Familien, „die ohne

Nahrung und Wohnung ausgehen, ebenso wie die Kinder, die nicht mehr zur Schule gehen können". (kna 25.02.2018)

- **Bei der Taufstelle Jesu am Jordan sollen 1 Mio. m<sup>2</sup> Land von Minen und Sprengstoffresten befreit werden.** Der Zugang zu den auf dem bisherigen militärischen Sperrgebiet stehenden Kirchen und Klöstern ist seit den 1970er Jahren stark eingeschränkt. Nach Schätzungen liegen auf dem Gebiet des "Kasr al Jahud" rund 3.000 Antipersonenminen, Antipanzermine sowie Überreste anderer Sprengsätze aus dem Sechstagekrieg von 1967. Die Räumung des Areals soll rund ein Jahr in Anspruch nehmen. Danach wird das Gebiet, auf dem Jesus vermutlich getauft worden ist, an acht Kirchen als den ursprünglichen Besitzern zurückgegeben, teilte Israels Verteidigungsministerium mit. Die begonnenen Räumarbeiten werden von der zuständigen Behörde gemeinsam mit der Minenräumorganisation "Halo Trust" durchgeführt. Die Kosten für das Gesamtprojekt werden auf EUR 3,6 Mio. geschätzt. Auf dem bereits zugänglichen Teil der Taufstelle wurden laut israelischer Armee vor dessen Eröffnung 2010 mehr als 8.000 Minen entfernt. Insgesamt liegen in den verschiedenen Minenfeldern nach Militärangaben auf einem Gebiet von rund 250 Kilometern Länge zwischen 350.000 und 400.000 Minen. Anders als Israel hat Jordanien seine Minenfelder am östlichen Jordanufer bereits seit dem Friedensvertrag mit Israel 1994 geräumt. (ILI News 25.03.2018)
- **Hilfswerk: Zahl der Christen im Heiligen Land nimmt nicht mehr ab.** Über kleine Lichtblicke aus Israel und Palästina berichtet das Hilfswerk „Initiative Christlicher Orient“ (ICO). „Es kommen endlich wieder mehr Pilger“, so ICO-Generalsekretärin Roman Kugler. Und: „Die Zahl der Christen insgesamt im Heiligen Land sinkt nicht weiter.“ Letzteres sei freilich dem Zuzug von sogenannten „hebräischsprachigen“ Christen geschuldet, erläuterte die ICO-Generalsekretärin, die eben erst von einem Lokalausweis in Israel und Palästina bzw. im „österlichen“ Jerusalem zurückgekehrt ist. Bei den „hebräischsprachigen“ Christen handelt es sich vor allem um Arbeitsmigranten aus Ländern wie den Philippinen, Indien und Sri Lanka. Keine guten Nachrichten gebe es aus dem Gaza-Streifen, so Kugler weiter. Laut einem Bericht der neuen Direktorin der Caritas Jerusalem, Schwester Bridget Tighe, leben dort nicht einmal mehr tausend Christen. Tighe, eine irische Ordensfrau, steht seit rund zwei Monaten an der Spitze der Caritas Jerusalem. Sie wirkte zuvor vier Jahre in Gaza, wo die Not der Menschen ein unvorstellbares Ausmaß angenommen hat. Von den gut 1,9 Millionen Bewohnern Gazas sind rund 1,3 Millionen auf humanitäre Hilfe angewiesen – fast 70 Prozent der Bevölkerung. Dazu kommt eine massive ökologische Katastrophe. Laut internationalen Studien wird Gaza bis spätestens 2020 unbewohnbar sein. Die ICO wolle deshalb auch Gaza künftig verstärkt in den Blick nehmen, so Kugler. Kugler besuchte bei ihrem Lokalausweis u.a. kirchliche Hilfseinrichtungen in Ramallah, Qubeibeh und Bethlehem, die von der ICO unterstützt werden. In Ramallah betreibt die Caritas Jerusalem ein Tageszentrum für ältere Menschen, in Qubeibeh führen Schwestern des Salvatorianerordens ein Heim für behinderte Frauen und in Bethlehem betreiben die Dominikanerinnen einen Kindergarten, der derzeit von rund 40 Kindern besucht wird. (rv 02.04.2018)
- **„Archäologie dient als Werkzeug, um die Wurzeln des jüdischen Volkes im Land zu beweisen“**, sagte der stellvertretende Minister Michael Oren aus Anlass der Eröffnung der Ausstellung "Seals of Isaiah and King Hiskiah Discovered" in der Armstrong International Cultural Foundation in Oklahoma. "Wir sind keine Eindringlinge oder Migranten, wir sind keine Überlebenden des Holocaust, den Europa hier abwarf, wie der Palästinenserführer Mahmoud Abbas erst vor einem Monat behauptete. Wir sind Ureinwohner." Diese Aussage sei besonders zutreffend seit den neuesten Entdeckungen der Archäologin Eilat Mazar: Siegel von Hiskia und von Jesaja. Der 2.700 Jahre alte königliche Siegelabdruck von König Hiskia und das angebliche Siegel des jüdischen Propheten Jesaja wurden 2009 in der gleichen Bodenschicht 3 Meter voneinander entfernt gefunden. Auf dem Hiskia-Siegel steht: "Hiskia, dem Sohn Ahas, des Königs von Judäa." Es ist der einzige Siegelabdruck eines israelitischen Königs, der jemals in einer wissenschaftlichen Ausgrabung gefunden wurde. Hiskia und Jesaja werden 16 Mal in denselben Bibelversen erwähnt. (ILI News 24.06.2018)

### 3. Personen

- **Große Auszeichnung für Ursula Rudnick: Preis der LEKKJ für Jahrzehnte Dialog- und theologische Arbeit.** Die Beauftragte für Kirche und Judentum im Haus kirchlicher Dienste, apl. Prof. Dr. Ursula Rudnick, wird für ihre besonderen Verdienste im internationalen Dialog von Juden und Christen mit dem LEKKJ-Preis ausgezeichnet. Die Auszeichnung erfolgte am 28. April

auf der Konferenz der Lutherischen Europäischen Kommission für Kirche und Judentum (LEKKJ) in Amsterdam. Der undotierte LEKKJ-Preis ist der einzige Preis, der auf europäischer Ebene im christlich-jüdischen Dialog vergeben wird.

„Ursula Rudnick lehrt und publiziert und setzt dabei immer wieder neue Impulse im jüdisch-christlichen Gespräch“, ließ Dr. Andreas Wöhle, Präsident der LEKKJ, zugleich Präsident der Evangelisch-Lutherischen Synode in der Protestantischen Kirche der Niederlande, vorab aus seiner Laudatio verlauten. „Die Auszeichnung ist mir eine große Ehre. Gäbe es die Konferenz der Lutherischen Europäischen Kommission für Kirche und Judentum nicht, müsste sie erfunden werden“, sagte Rudnick anlässlich der Auszeichnung. In der Lutherischen Europäischen Kommission für Kirche und Judentum (LEKKJ) sind Delegierte aus mehr als 20 lutherischen Kirchen Europas vertreten (Finnland, Deutschland, Niederlande, Slowakei, Frankreich, Österreich, Ungarn, Rumänien, Italien). Als ständige Gäste sind je ein Vertreter des Lutherischen Weltbundes (LWB) und der Evangelical Lutheran Church in America zu den Kommissionssitzungen eingeladen.“ (Mitteilung aus dem Haus kirchlicher Dienste, entnommen dem Newsletter 5/2018 des Vereins „Begegnung Christen und Juden Niedersachsen e. V.)

- **Der frühere Landesrabbiner Henry G. Brandt (90) erhält den Klaus-Hemmerle-Preis 2018.** Damit wird er für sein Lebenswerk im interreligiösen Dialog sowie seinen großzügigen und unermüdlichen Einsatz für die Verständigung zwischen Juden und Christen" ausgezeichnet, wie die Fokolar-Bewegung in München und das Bistum Aachen mitteilten. Der nach dem früheren Aachener Bischof Klaus Hemmerle benannte undotierte Preis wird im Aachener Dom verliehen. Schon durch seine Rückkehr nach Deutschland habe er ein "nicht hoch genug einzuschätzendes Zeugnis für seinen Willen zu Versöhnung und Frieden angesichts der Schoah gegeben", hieß es weiter zur Begründung. Brandt wurde am 25. September 1927 in München geboren. 1939 floh er mit seiner Familie vor den Nazis nach Tel Aviv. Anfang der 1980er Jahre kehrte er wieder nach Deutschland zurück. Nach seinem Rabbinerdiplom 1961 am Londoner Leo-Baeck-College leitete Brandt jüdische Gemeinden in Leeds, Genf, Zürich und Göteborg. Von 1983 bis 1995 war er in Niedersachsen und von 1995 bis 2004 in Westfalen-Lippe Landesrabbiner. Von 1985 bis 2016 war er jüdischer Präsident des Deutschen Koordinierungsrats der Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit. (kna öki 23.01.2018)
- **Vor gut 15 Jahren traf eine 22-jährige Ukrainerin am Moskauer "Institut für Progressives Judentum" eine Entscheidung, die ihr Leben veränderte. Sie erhielt die Chance, nach Deutschland zum Abraham Geiger Kolleg und an die Universität Potsdam zum Studium zu gehen. 2010 wurde Alina Treiger als erste Frau in Deutschland nach Regina Jonas (1902-44) und nach der Schoah zur Rabbinerin ordiniert.** Seither leitet sie die jüdischen Gemeinden in Oldenburg und Delmenhorst in Niedersachsen. "Mein Vater war jüdisch geboren in Moldawien, meine Mutter nichtjüdisch", erzählt Treiger. "Das ist aus jüdisch-halachischer Sichtweise vielleicht für einige sehr fragwürdig, und sie würden sagen, sie ist ja gar nicht jüdisch", erklärt die Rabbinerin ihre Herkunft und betont, dass in der ehemaligen Sowjetunion die väterliche Linie mit Blick auf die jüdischen Wurzeln wichtiger war. Sie selbst habe sich immer als jüdisch gesehen und sich auch mehr zum jüdischen Teil ihrer Familie hingezogen gefühlt. Schon früh begriff sie sich als moderne und aktive Frau im liberalen Judentum - gleichberechtigt wie die Männer bei der Liturgie. Ihre Lehrer in Moskau wurden auf die ehrgeizige Studentin aufmerksam, und eines Tages bot sich eine besondere Chance: Unter 25 Studenten wurde sie mit zwei Kommilitonen ausgewählt, ein Rabbinatsstudium in London am *Leo Baeck College* aufzunehmen. Just zu dieser Zeit kam ein Deutscher nach Moskau, Rabbiner Walter Homolka, und stellte das Abraham Geiger Kolleg vor. Man sei bereit, einige Studenten aus Moskau zu immatrikulieren. So machte sich Treiger auf den Weg nach Berlin - mit offenem Ausgang, "denn ich konnte damals kein Wort Deutsch, nicht mal ein Straßenschild lesen". Aber weil sie jung, wissbegierig, mutig und abenteuerlustig war, gelang der Sprung ins kalte Wasser. Neben der ideellen Beziehung zu Regina Jonas hat Treiger eine enge Verbindung zu der Frau, die die erste Gemeinderabbinerin nach dem Zweiten Weltkrieg in Deutschland wurde, der aus der Schweiz stammenden Bea Wyler. Ihre Vorgängerin in Oldenburg hat in den 1990er Jahren hart gekämpft, um anerkannt zu werden. "Sie hat sehr viel für den Aufbau der Gemeinde hier geleistet. Sie hat vielen beigebracht, wie man betet, wie die halachischen Vorschriften lauten oder wie die Mikwe funktioniert." Das sei bis heute noch sehr präsent in der Gemeinde, "doch kein orthodoxer Rabbiner wollte damals mit ihr zu tun haben. Das war bei mir schon ganz anders. Ich habe es leichter gehabt." Treiger ist nicht nur Rabbinerin, sondern auch Mutter von zwei kleinen Kindern. Und sie ist mit einem Rabbiner verheiratet. "Da gibt es viele Diskussionen, auch um das Thema der jüdischen Erziehung", gibt sie zu. Ihre familiäre Situation komme auch dem Gemeindeleben zugute, da sie weiß, was Kinder und Jugendliche von einer lebendigen Gemeinde erwarten. Jüdische Kinder sollten sich nicht verstecken müssen, sich gar schämen oder unwohl fühlen, nur weil alle anderen

ihre christlichen Feste feiern. Deshalb sei der Dialog mit allen Menschen anderen Glaubens auch so wichtig - schon im Kindergarten und in der Schule. In Oldenburg ist die Jüdische Gemeinde in dieser Hinsicht sehr aktiv: im Austausch mit anderen Religionsgemeinschaften, etwa beim interreligiösen Dialog, in der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit, der Deutsch-Israelischen Gesellschaft oder bei Sozial- und Bildungsprojekten. Hinzu kommt, dass die Synagoge, eine ehemalige Kapelle aus dem 19. Jahrhundert, offen ist für jeden Besucher - ohne Absperrung, Polizeibewachung und Kontrollen. Regelmäßig gebe es Anfragen nach Führungen. "Und wir unterstützen Flüchtlinge", betont Treiger. In einem Flüchtlingsheim bietet die Gemeinde einen Deutschkurs für Familien aus Syrien an; so besteht ebenfalls ein lebendiger Kontakt zu muslimischen Menschen. (kna öki 30.01.2018)

- **Der ehemalige Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) ist mit dem Leo-Baeck-Preis ausgezeichnet worden.** Der Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Josef Schuster, lobte bei der Verleihung am 1. Februar in Berlin Lammerts Engagement für Demokratie, seine eindrücklichen und teils unbequemen Worte zum Holocaust-Gedenken sowie sein Eintreten für die deutsch-israelische Freundschaft. Lammert, "ein Meister der Worte", zeichne sich durch "einen festen eigenen Standpunkt bei gleichzeitiger Offenheit für andere Haltungen sowie einen hohen Respekt vor anderen Religionen" aus. Schuster betonte vor rund 300 prominenten Gästen aus Politik, Gesellschaft und Kirche, dass Lammert bei den Holocaust-Gedenktagen alle Opfergruppen in den Blick genommen habe. Auch wenn die jüdische Gemeinschaft das Infrage stellen der Singularität der Shoah oder Gleichsetzungen ablehne, begrüße man es ausdrücklich, wenn auch anderer Opfergruppen der Nationalsozialisten gedacht werde. Der Zentralratspräsident erinnerte daran, dass es in absehbarer Zeit wohl kaum mehr Zeitzeugen gebe. Das sei einer der Gründe, warum er seit langem für Gedenkstättenbesuche im Lehrplan plädiere. Es irritiere ihn, warum dies an vielen Stellen auf Ablehnung stoße. Schuster rief dazu auf, erst einmal mit Pilotprojekten Erfahrungen zu sammeln und zu prüfen, welche Voraussetzungen an Schulen und in den Gedenkstätten nötig seien. Die Laudatio bei der Verleihung des Leo-Baeck-Preises hielt der Schriftsteller Navid Kermani. Das Eintreten für die Freiheit des Gewissens, das christliche Politikverständnis und das Engagement für die Ökumene, die Einsicht in die Gefahr des Nationalismus und die Leidenschaft für das vereinte Europa seien Kontinuitäten im Leben Lammerts, sagte Kermani. Der Autor erinnerte daran, wie selbstbewusst Lammert sein Amt ausgeübt habe. Dieser sei gewiss nicht "übermäßig von Selbstzweifeln geplagt", er habe aber auch oft mit seinem Humor für Heiterkeit und Beifall im Bundestag gesorgt. Lammert bedankte sich für die Ehrung und die Worte Kermanis. Der ehemalige Bundestagspräsident hob die besondere Freundschaft Deutschlands zu Israel hervor, die ohne das Erinnern nicht denkbar sei. Er verwies auch auf den weiter existierenden Antisemitismus, der aufgrund der Geschichte in Deutschland immer etwas anderes sei als in anderen Ländern Europas. Dabei fielen statistisch weder Muslime im Allgemeinen noch Flüchtlinge als Täter besonders ins Gewicht. Lammert war von 2005 bis 2017 Präsident des Bundestags. Seit dem 1. Januar ist er Chef der CDU-nahen Konrad-Adenauer-Stiftung. Die seit 1957 vom Zentralrat vergebene Auszeichnung, die an den Rabbiner Leo Baeck erinnert, ist mit 10.000 Euro dotiert. Zu den Preisträgern gehören der frühere Bundespräsident Richard von Weizsäcker (1920-2015), Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und der Grünen-Politiker Volker Beck. (kna öki 06.02.2018)
- **Karin Prien (52)**, Kultusministerin in Schleswig-Holstein, und **Bernd Knobloch (66)**, Sohn der langjährigen Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland, Charlotte Knobloch, sollen Sprecher des geplanten jüdischen Forums der Unionsparteien werden. Wie CDU-Generalsekretärin Annegret Kramp-Karrenbauer weiter mitteilte, soll das Forum zunächst ein Ort werden, an dem jüdische Mitglieder der CDU und CSU Fragen von jüdischem Leben und Antisemitismus diskutieren und bündeln könnten. Noch bis zum 2. Juni veranstalten CDU und CSU eine Aktionswoche unter dem Motto "Von Schabbat zu Schabbat - Gemeinsam gegen Antisemitismus". (kna öki 29.05.2018)
- **Der aus Hameln stammende Dr. Steffen Hagemann ist häufiger Referent in der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Hameln e. V.** Dr. Steffen Hagemann ist z. Zt. noch als wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Kaiserslautern tätig und hat sich in seiner Arbeit als Politikwissenschaftler einen Namen als Israel-Spezialist erarbeitet. Nach einer kurzen Vorbereitungszeit in Berlin wird er ab Dezember 2018 für drei Jahre nach Tel Aviv gehen und die Leitung des dortigen Büros der Heinrich-Böll-Stiftung übernehmen und Kerstin Müller ablösen.

## 4. Bücher

- **Neue Broschüre der EKD: Antisemitismus.** Vorurteile, Ausgrenzungen, Projektionen – und was wir dagegen tun können: Auf übersichtlichen 22 Seiten fasst die kleine Broschüre konzentriert zusammen, was aktuell zum Stand der jüdisch-christlichen Beziehungen zu sagen ist. Der Rückblick auf die eigene Geschichte schärft die Diagnose wie die Darstellung alter und neuer antisemitischer Aussagen, Projektionen und Vorurteile. Zu bestellen bei: Kirchenamt der EKD, Herrenhäuser Str. 12, 30419 Hannover, [versand@ekd.de](mailto:versand@ekd.de)
- **Birgit Lermen/Verena Lenzen (Hrsg.), "es stand / Jerusalem in uns ". Jerusalem in Gedichten des 20. und 21. Jahrhunderts, 184 Seiten, B. Kühlen Verlag 2016, 19,90 Euro.**

"Nächstes Jahr in Jerusalem." Jedes Jahr werden diese Worte am Sederabend, dem Vorabend des Pessachfestes, gesungen. Den assimilierten Juden war der Satz zur Routine geworden - bis zum Holocaust. Das unvorstellbare Leid schärfte ihren Blick in die Richtung der Stadt, wo einst der Tempel stand. Der vorliegende Band veranschaulicht die Jerusalemsicht vieler der Vernichtung entronnenen deutschsprachigen jüdischen Dichter. "Sag, dass es Jerusalem gibt", schreibt Paul Celan. Das jüdische Bewusstsein erfüllte den Heimatlosen bei seinem kurzen Aufenthalt in der alt-neuen Hauptstadt Israels. Der Überlebende des Ghettos von Czernowitz empfand tief die Verbundenheit mit seinem Volk, blieb jedoch bis zu seinem Tod ein Emigrant. Schalom Ben-Chorin lebte seit seiner Jugend in Jerusalem. Der geborene Münchner war eins mit seiner neuen Heimatstadt geworden. Seine Gedichte klingen verwurzelt in der Umgebung, erfüllt und auch melancholisch mit Blick auf den Ölberg oder in der Herbststimmung der Heiligen Stadt. Der Völkermord ist Gegenwart, auch in Jerusalem: "Deine Augen / Freundin / bleiben gerötet / Du bist mit deiner Familie / in Treblinka I Maidanek -I Du bist immer I dort" (Magali Zibaso, "Besuch in Yad Va-Shem"). Nur Leid empfindet Nelly Sachs. "Überall Jerusalem", dichtet sie als Symbol des Schmerzes, sie, die Jerusalem niemals besucht hatte. Ja, diese Stadt ist Sinnbild des Schmerzes auch für Günter Lanser. Die Ermordeten prägen auch dort das Gedächtnis: "Wer wandert nach Jerusalem I über die Kreuzwege/durch die Schluchten / der Meere I das Ziel Golgatha / in den Massengräbern I ist nicht fern."

Als Sehnsuchtsbild erscheint der uralte Glaubenshort bei Rose Ausländer, darüber die blau-weiße Flagge des Staates Israel: "Wenn ich den blauweißen Schall nach Osten hänge I schwingt Jerusalem herüber zu mir I mit Tempel und Hohelied I Ich bin fünftausend Jahre jung I Mein Schal I ist eine Schaukel. I Wenn ich die Augen nach Osten I schließe I schwingt Jerusalem auf dem Hügel I fünftausend Jahre jung I herüber zu mir I im Orangenaroma" . Zwischen Ideal und harter Existenz schwingen die Verse von Else Lasker-Schüler, wenn sie sagt: "Und meine Seele verglüht in den Abendfarben Jerusalems." Ja, ihre Seele verglühte tatsächlich in Jerusalem, schreibt ihr guter Freund, Schalom Ben-Chorin. Sie starb völlig verarmt in ihrer neuen Heimatstadt, denn eine deutschsprachige Dichterin hatte keine Berufsperspektive in der Aufbruchsstimmung des neu gegründeten jüdischen Landes, überschattet von der Gegenwart des Kriegs. Dessen düstere Realität schildert Jehuda Amichai: "All diese Steine, all dieses Leid, all I das Licht, Scherben nächtlicher Stunden und Mittagsstaub, I all diese verkrümmten Installationen der Heiligkeit I Klagemauer, Türme, rostige Heiligerscheine, ( ... ) all diese Liebe, all diese Steine, all dieses Leid." Doch es bleibt das Vertrauen in die Zukunft und den Frieden für die nächste Generationen: "In Jerusalem, das immer I voll Ehrfurcht und Heiligkeit I ist, / liegen zwei zusammen / im Bett -/ um einen neuen, glücklichen Menschen I zu schaffen." Altes und Neues verbinden sich in der Heiligen Stadt, so Pater Wilhelm Bruners von der Dormitio Abtei am Zionsberg, einer der wenigen Nichtjuden im vorliegenden Band: "an dem Ort I an dem ich jetzt lebe I spazieren Vergangenheit / Arm im Arm mit der Gegenwart / zu verwechseln ähnlich". Gewidmet ist das Buch dem früheren Aachener Bischof Heinrich Mussinghoff, der Jerusalem oft besucht und beschrieben hat, zu dessen 75. Geburtstag. (Monika Beck, kna öki 27.03.2018)

-----  
Alle Beiträge, die mit ILI News gezeichnet sind, entstammen mit freundlicher Genehmigung der Website [www.il-israel.com](http://www.il-israel.com).